

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Friedrich, Großherzog von Baden

Hottinger, Christlieb Gotthold

Heidelberg, 1886

Regierungsthätigkeit

[urn:nbn:de:bsz:31-140204](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-140204)

11. Juli 1850 zum Oberst. Im Dezember 1850 wurde des Prinzen Truppenteil nach Freiburg verlegt. In dem ihm hier bereiteten guten Empfange erblickte er „ein unverkennbares Zeichen des Vorhandenseins eines loyalen, Freiburg und seine Bewohner ehrenden Geistes, eines Geistes, der am besten geeignet sei, die Erinnerung an schlimme Tage zu löschen und wieder gegenseitiges Vertrauen, ohne welches kein Glück und kein Heil möglich sei, zu wecken und zu erhalten.“

Schon am 13. Februar 1851 erhielt das erste Reiterregiment seine Garnison in Karlsruhe angewiesen. Mit ihm zog dessen Kommandeur, Prinz Friedrich. Bei seinem Auszuge aus der Stadt folgte ihm ein Ehrengelächte berittener Bürger bis zur Banngrenze; da sprach einer aus der Mitte zu ihm: „Wäre es möglich, in diesem ersten Augenblicke des Scheidens des Oberlandes treue Bewohner, jung und alt, hier geschart zu sehen, nur Einen Ruf würden Sie hören, den die nahen Berge, die ehrwürdigen Höhen der Heimat Ihrer Ahnen, widerhallten, den Ruf nämlich: Prinz Friedrich, durch dessen reichliche, den hohen Abkömmlingen der Zähringer so ganz eigene Fürstentugenden die Liebe und Anhänglichkeit des Oberlandes an das erhabene Herrscherhaus für alle Folgezeit eine neue Kräftigung gewonnen hat, lebe lange und hoch!“

Auch in andern Gegenden des Landes empfing der Prinz auf den Reisen, welche er in der nächsten Zeit, zum Teil in Gefolge seines Vaters, machte, ähnliche Versicherungen der Treue zu dem Fürstenhause. Der Lebensabend des mehr und mehr kränkenden Vaters wurde dadurch auf das freundlichste erleichtert. Als dessen Unwohlsein jedoch immer mehr zunahm, übertrug er ihm am 21. Februar 1852 die stellvertretende Sorge für die Regierung, da sein älterer Sohn Ludwig seit mehreren Jahren ebenfalls von schweren Leiden heimgesucht war.

Regierungsthätigkeit.

Großherzog Leopold starb am 24. April 1852. An der Stelle seines Bruders Ludwig und auf dessen ausdrücklichen Wunsch übernahm nun Prinz Friedrich unter dem Titel Regent, den er erst am 5. September 1856 mit dem des Großherzogs ver-

taufchte, da auf eine Besserung des hohen Kranken nicht zu hoffen war, die Zügel der Regierung.

Als am 2. Mai Prinz Friedrich die Huldigung der höheren Staatsdiener entgegennahm, sagte er: „In Folge des schmerzlichen Trauerfalles, der uns alle so tief bewegt und nachdem wir den unvergeßlichen hohen Verbliebenen zur ewigen Ruhstätte geleitet, ist es an der Zeit, die Empfindungen des Herzens möglichst zu bewältigen dadurch, daß wir die Pflichten des Lebens ins Auge fassen. Ich werde mich eifrigst bemühen, den mir so frühzeitig auferlegten schweren Beruf, nach bestem Wissen, gewissenhaft zu erfüllen, und das erhabene Vorbild meines unvergeßlichen Vaters wird mir fortan zur Richtschnur meines Handelns dienen.“

Nach zwei Seiten hin wollen wir einen Blick auf die Regierungsthätigkeit des Großherzogs werfen, erstens welche Stellung das Land während derselben nach außen einnahm und sodann wie es sich im Innern entwickelte. „In ernster Arbeit, sagte der Fürst ein Mal, streben wir nach einem großen Ziele: ein im Innern freies und kräftiges Staatswesen, ergänzt und getragen durch die innige nationale Verbindung mit den übrigen deutschen Staaten.“ Die Verbindung der deutschen Staaten unter einander ließ beim Antritt seiner Regierung viel zu wünschen übrig. Bei dem unseligen Zwiespalt zwischen den Großmächten Preußen und Oesterreich, deren jede die Führerrolle beanspruchte, konnte eine machtvolle Erstarkung des deutschen Bundes nicht aufkommen. Als aber Oesterreich im Jahre 1859 im Kriege mit Frankreich und Italien unterlag, als in Preußen der Schwiegervater des Großherzogs, König Wilhelm I., den Thron bestieg, änderte sich die Lage der Dinge. Viele vaterlandsliebende Männer schöpften aufs neue die Hoffnung, es werde nun endlich gelingen, ein kräftiges Deutschland zu schaffen, welches nicht ihm fremden Zwecken dienen müsse, und das stark genug sei, um sich vor keinem Nachbarstaate zu fürchten. Großherzog Friedrich leuchtete hierin seinem Volke voran. Er erklärte die Verfolgung aller Wege für notwendig, „welche Deutschlands Kraft und Einigung befördern und die Rechte der Nation mit den Rechten der einzelnen Stämme zur Geltung bringen könnten.“ An ihm fanden alle die Bestrebungen einen mächtigen Förderer, welche darauf abzielten, einen engeren Bundesstaat unter Preußens Führung zu errichten.

Die überwiegende Mehrheit der Landesvertretung und des Volkes stimmte darin mit ihm überein: Baden galt so überall als Verfechter der auf die Erstarkung Deutschlands gerichteten Versuche, oder mit fremden Worten einer nationalen Politik. Das zeigte sich besonders im Jahre 1863, als der Kaiser von Oesterreich die deutschen Fürsten nach Frankfurt einlud, um ihnen einen Plan zur Umgestaltung des deutschen Bundes vorzulegen. Hätte letzterer Billigung gefunden, so wäre Oesterreichs Einfluß noch mehr verstärkt, der Preußens bedeutend vermindert worden. Großherzog Friedrich leistete der Einladung zwar Folge, ließ sich jedoch von seinem Standpunkte nicht abwendig machen. In einer Erklärung sagte er: „Wie bereit ich auch sein mag, jeder Zeit Opfer meiner Rechte und meiner Stellung zu bringen, wo dieselben dem Zustandekommen des großen nationalen Werkes der Einigung Deutschlands gebracht sind, ja, wie bereit ich wäre, denselben auch das schwere Opfer der Ideen zu bringen, wonach sich nach meiner festen Ueberzeugung die künftige Verfassung Deutschlands zum Wohle deutschen Volkes und Landes gestalten muß, wenn unter allen meinen hohen Verbündeten, wenn von der Gesamtheit der deutschen Souveräne ein Einverständnis über eine davon verschiedene neue Verfassungsform des deutschen Bundes hergestellt wäre, so halte ich mich so lange zu dieser Hingebung weder für berechtigt, noch für verpflichtet, als nicht feststeht, daß dadurch das Zustandekommen einer solchen neuen, den gerechten Ansprüchen des badischen Landes und des deutschen Volkes entsprechenden Bundesreform auch wirklich zum Abschluß gebracht werde.“

Auf friedlichem Wege, auf dem der Besprechungen, wäre wohl in absehbarer Zeit das heißersehnte Ziel der Einigung der deutschen Stämme nicht erreicht worden; denn wo waren die, welche wie Badens Großherzog dafür sogar wohlervorbene Rechte daran zu geben bereit waren? Blut und Eisen mußte die Entscheidung herbeiführen. Die schleswig-holstein'sche Frage gab hiezu den äußeren Anlaß. König Friedrich VII. von Dänemark war am 15. November 1863 gestorben. Sein Nachfolger Christian IX. wollte die Rechte der beiden deutschen Provinzen Schleswig-Holstein verkümmern. Deshalb und da seine Nachfolge in diesen Ländern vom deutschen Bunde nicht anerkannt wurde, griff zuerst dieser zu den Waffen, und

dann wurde er von Oesterreich und Preußen in einem kurzen ruhmreichen Kriege zur Verzichtleistung auf seine Ansprüche gezwungen. Damit war die deutsche Frage in neuen Fluß gebracht. Das von beiden Großmächten gemeinsam erworbene Land wurde bald zum Zankapfel zwischen ihnen. Die Frage, wer die oberste Regierung über dieselben haben solle, machte das Maß der Uneinigkeit voll, so daß es 1866 zum Kriege zwischen ihnen kam. Gar gerne wäre Baden in demselben neutral geblieben, und niemand gab sich mehr Mühe, dem Lande die Schrecken eines Krieges und gar eines Bruderkrieges zu ersparen als Großherzog Friedrich. Was menschenmöglich war, versuchte er. Aber es half nichts. Die Volksvertretung wollte Krieg mit Preußen, und die Umstände drängten die Regierung aus der bisher betretenen Bahn des Zusammengehens mit dieser Großmacht heraus. Mit schwerem Herzen gab Großherzog Friedrich seine Zustimmung. Die Entscheidung in dem Ringen der beiden Großmächte fiel aber bald und zum Glück nicht auf süddeutschem Boden. Die Schlacht bei Königgrätz am 3. Juli 1866 entschied gegen Oesterreich. In Folge seiner Niederlage mußte dieses auf seine Einmischung in deutsche Angelegenheiten verzichten, und Preußen war nun die Hauptmacht in Deutschland; die übrigen norddeutschen Staaten schlossen mit ihm den norddeutschen Bund, und die südlich vom Main gelegenen, also auch Baden, vereinbarten mit ihm ein Schutz- und Trutzbündnis für den Fall einer Bedrohung des deutschen Gebietes. — Daß es nun endlich eine starke Macht in Deutschland gab, konnten die Franzosen nicht ertragen. Sie suchten darum nach einem Vorwande zum Kriege. Derselbe fand sich in der Bewerbung des Prinzen Leopold von Hohenzollern um den spanischen Königsthron.

Napoleon erklärte in frevelhaftem Leichtsinne den Krieg an Preußen. Niemand zweifelte daran, daß Großherzog Friedrich mit seinem Volke an der Seite des Norddeutschen Bundes stehen werde. „Zubehnd sehen wir Eurer Königlichen Hoheit Ankunft entgegen,“ telegraphierte Badens Fürst an seinen Schwager, den preussischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm, als er vernommen, daß dieser von seinem königlichen Vater beauftragt worden sei, auch Baden's Söhne in den Kampf zu führen. Wohl hätten gerade die Bewohner dieses Grenzlandes Grund zur Furcht gehabt. War doch über den Rhein herüber

die Drohung ausgestoßen worden, Baden solle verwüstet und seiner Einwohner, selbst der Frauen nicht geschont werden, aber wandellos fest stand die Wacht am Rhein, sie ließ keinen Franzosen herüber, und einen erfolgreichen Anteil nahmen auch Badens Söhne an diesem ruhmvollsten aller seitherigen großen Kriege.

Wir dürfen voraussetzen, daß jeder vaterlandsliebende Deutsche die einzelnen Ereignisse desselben kennt und wollen daher nur andeuten, wie tapfer die Badener vor Straßburg, bei Etival, am Dignon, bei Dijon, Gray, Pasques, Vendeneisse, Nuits, wo des Großherzogs Bruder Prinz Wilhelm schwer verwundet wurde, bei Villersexel und vor Belfort kämpften. Großherzog Friedrich folgte den Bewegungen seiner Truppen mit innigster Erhebung und Freude, suchte aber auch die Leiden des Krieges nach Kräften zu lindern.

Erhebend ist jener Brief, welchen er am 23. September an den Kommandanten von Straßburg, den General Ulrich, schrieb und dessen Schluß lautet, wie folgt: „Ich bitte Sie, mein General, hören Sie die Stimme eines deutschen Fürsten, welcher für den Ruhm seines Vaterlandes kämpft, welcher aber nichtsdestoweniger seine Pflicht gegen Gott kennt, vor dem es nur einen wahren Ruhm giebt, die Liebe zu den Brüdern. Ich bitte Sie, dieses schreckliche Schauspiel zu beendigen und getrost diesen guten Augenblick zu benützen, um Ihrerseits dem Obergeneral der Belagerungstruppen von Straßburg, welcher Ihnen oft Beweise seines Wohlwollens gegeben hat, annehmbare Vorschläge zu machen.“

Friedrich, Großherzog von Baden.“

Ulrich befolgte diesen wohlmeinenden Rat nicht. Wenige Tage darauf, am 28. September, mußte die Stadt kapitulieren.

Mit dem Großherzog wetteiferte seine Gemahlin in der Fürsorge für die gesunden u. in der Pflege für die verwundeten u. kranken Soldaten. Sein Geburtstag wurde zu einer Sammlung von freiwilligen Gaben für Invaliden sowie Hinterbliebene der gefallenen Krieger aussersehen; dieselbe brachte 364.212 M. ein. Später begab sich der Großherzog nach Versailles, wo er am 18. Jan. 1871 nach der Verlesung der Kaiserproklamation dem Kaiser die erste Huldigung darbrachte, indem er in jener feierlichen Stunde mit lauter Stimme rief: „Seine Majestät der Kaiser Wilhelm lebe hoch!“ — Die Hochherzigkeit, mit welcher der Großherzog keinen Augenblick zauderte, auf wesentliche Kronrechte zu Gunsten des

Vaterlandes zu verzichten, wurde von dem Volke dankbar empfunden. In einem von beiden Kammern an ihn gerichteten feierlichen Schreiben hieß es: „Als es galt, das Einigungswerk Deutschlands zu vollenden, da war Eure Königliche Hoheit der erste, um das Wort der Treue gegen Deutschland mit Verleugnung jedes Sonderinteresses einzulösen, in der Ueberzeugung, daß das, was Deutschland stark und frei zu machen berufen ist, auch dem Teile des Ganzen, dem geliebten Heimlande, zum Segen und Heil gereicht. Ja, das badische Volk, das ganze deutsche Volk weiß es und wird es unvergessen in dankbarem Gemüte bezeugen, daß unter allen seinen Patrioten keiner hochjünger, keiner mehr von treuer Liebe zum Vaterland beseelt, keiner mit reinerem Herzen die Einigung Deutschlands erstrebt und ihren Aufbau befördert und vollzogen hat als Badens Fürst.“

Das Deutsche Reich schreitet seither in seinem inneren Ausbau voran. Die badische Regierung „ist bei der Mitarbeit an diesem Werke darauf bedacht, denjenigen Grundsätzen Geltung zu erwirken, welche einer naturgemäßen Entwicklung der gemeinsamen deutschen Angelegenheiten förderlich sind“, indem sie dabei der Ueberzeugung lebt, „daß die wohlbegründeten Interessen des Reiches und die berechtigten Sonderinteressen der einzelnen deutschen Staaten wohl neben einander zu gedeihen vermögen.“ Wie dankbar das badische Volk für die segensreiche Regierung des Großherzogs war, zeigte sich besonders bei der Feier von dessen 25jährigen Regierungsjubiläum (1877). In demselben Jahre wurde der Fürst von dem Kaiser zum Generalinspекteur der V. Armeedivision ernannt. Diese Würde veranlaßte ihn zu vielen Reisen im eigenen Lande wie auch in den Reichslanden Elsaß-Lothringen.

Seitdem Baden dem Deutschen Reiche fest eingegliedert ist, hat es die Aufgabe nicht mehr, nach außen selbständige Staatszwecke zu verfolgen. Dieses Recht hat es an den Kaiser abgetreten. Gemeinsam mit den andern Staaten hilft es als ein vollberechtigtes Glied des Reiches Herrlichkeit mehren und darf auch jederzeit seines Schutzes versichert sein.

Längere Zeit war Großherzog Friedrich durch schwere Krankheit, ein typhöses Fieber und dessen Folgen, verhindert die Staatsgeschäfte selbst zu leiten (1881 und 1882). Er legte darum die Zügel der Regierung in die Hände seines erstgebore-

nen Sohnes, des Erbgroßherzogs Friedrich, welcher schon am 9. Juli 1875 volljährig geworden war. Zur großen Freude seiner Unterthanen genas er jedoch wieder und waltet seither in alter Kraft seines hohen Amtes.

Diese wenigen Züge aus der äußeren Geschichte des Großherzogtums während der Regierung Friedrich's mögen dessen Worte schließen, welche er am 6. August dieses Jahres bei dem Allgemeinen Kommerz der Studentenschaft aus Anlaß des 500jährigen Bestehens der Universität Heidelberg zu Ehren des Kaisers sprach:

„Ich sage den Unternehmern dieses Festes meinen Dank für deren freundliche Einladung und dafür, daß mir der Ehrenvorstiz dabei übertragen wurde. Ich schreite zur Ausübung meiner Rechte, indem ich die werthe Verpflichtung übernehme, Seiner Majestät dem Kaiser unsere erste Huldigung darzubringen. Wir erheben uns in Ehrfurcht, Liebe und Begeisterung zum freudigen Ausdruck unserer Gesinnungen.

Wohl der Nation, die zu einem Oberhaupte aufblicken kann, das die Krone als das Symbol der Macht und Größe des Reiches so ehrwürdig und selbstlos trägt — dessen milde Hand den Zepher mit Stärke und Gerechtigkeit führt.

Wohl der Nation, deren Grundrechte nicht von dem Wechsel menschlicher Anschauungen abhängig sind, sondern auf dauerhaften Grundfesten ruhen.

Dankbar erkennen wir, daß uns Deutschen ein solcher Vorzug beschieden ist.

Der Besitz dieser Güter muß uns aber stets an die Geber derselben erinnern — an die Vorkämpfer für Unabhängigkeit, an die todesmutigen Kämpfer für Freiheit des Vaterlandes.

Das Bewußtsein der Macht und des Ansehens unseres Deutschen Reiches muß uns eine stete Mahnung bleiben, für die Erhaltung dieses kostbaren Besitzes nach Kräften zu wirken.

Da wende ich mich denn an Sie alle, meine jugendlichen Akademiker, und ermahne Sie, zur Stärkung dieser großen Aufgabe mitzuwirken dadurch, daß Sie Ihre reichen Kräfte zur Förderung gediegener Kenntnisse aufbieten, die Sie befähigen, dem Kaiser und dem Vaterlande mit Hingebung nutzbringend zu dienen. Setzen Sie Ihren Stolz darein, für alle Aufgaben des Lebens so gut ausgerüstet zu sein, daß Sie überall helfend einzutreten vermögen. Bewahren Sie sich dabei die ideale

Auffassung, in der die Kraft liegt, das Schwere zu überwinden und in dem Streben nach den höchsten Zielen mutig auszuhalten.

Wohl dem Reiche, dessen Söhne ihre Ehre darin finden, das Ansehen desselben durch ihre Bildung und Kenntnisse zu erhöhen. In solchem Streben werden dem Kaiser und dem Reiche Stützen geschaffen, deren Wert zwar jetzt schon zur Geltung kommt, in später Zukunft aber noch höhere Bedeutung gewinnt.

Daß unser Kaiser sich noch lange an solchem Streben erfreuen möge und dadurch die mühevolle Arbeit seines Lebens auf gute Bahnen geleitet wisse, das ist der Wunsch, mit dem ich in Ihrer aller Namen rufe, — Gott erhalte unsern Kaiser Wilhelm! Er lebe hoch!“

Im Innern nahm besonders die Stellung des Staates zur Kirche die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch. Badens Bewohner bekennen sich in etwa zwei Dritteln zur katholischen Kirche. Schon in der Thronrede, mit welcher Prinzregent Friedrich am 12. Januar 1854 den ersten nach seinem Regierungsantritt einberufenen Landtag eröffnete, erklärte er, der Glaube seiner katholischen Unterthanen sei ihm eben so heilig wie sein eigener. Der Freiburger Erzbischof Herman von Vicari nahm aber die der Kirche zustehenden Rechte in weit größerem Umfang in Anspruch, als es die Staatsregierung mit dem Ansehen des Staates für vereinbar hielt. So kam es zu ernstlichen Auseinandersetzungen.

Es handelte sich dabei um Fragen wie die: Soll für den entschlafenen Großherzog Leopold auch in den katholischen Kirchen eine des Landesfürsten würdige Trauerfeier, ein Seelenamt, abgehalten werden, wie ein solches auch sonst zur Ehre nichtkatholischer Verstorbener gefeiert wurde, oder hat die Regierung keinen Anspruch darauf, weil er evangelisch war? Darf die Kirche Pfarrer einsetzen, ohne dem Staate eine Gewähr über ihre Vorbildung zu geben und ohne ihn um seine Genehmigung zu ersuchen, darf sie Verordnungen im Lande veröffentlichten, ohne die Zustimmung dazu eingeholt zu haben, darf sie ihr Vermögen allein verwalten, oder hat der Staat ein Aufsichtsrecht darüber? Da der Erzbischof diese Fragen anders beantwortete als die Regierung, z. B. einseitig von ihm getroffene Verfügungen von den Kanzeln herab verkünden ließ, kam es sogar zu seiner vorübergehenden Verhaftung (im Mai

1854), und die Gemüther wurden tief erregt. Der Prinzregent ließ Verhandlungen mit dem päpstlichen Stuhle anknüpfen und gab sich gerne der Hoffnung hin, daß dieselben — wie er sagte — „zu einem für das gemeinsame Interesse von Staat und Kirche erfreulichen Ziele“ führen würden. Lange Besprechungen hatten im Jahre 1859 in der That eine Uebereinkunft mit dem Papste, ein sogenanntes Konkordat, zur Folge, welches der katholischen Kirche größere Rechte zusicherte, als sie bisher gehabt hatte. Die Volksvertretung versagte demselben jedoch ihre Zustimmung. Beide Kammern, die erste und die zweite, richteten an den Großherzog die Bitte, es nicht wirksam werden zu lassen. Dieser willfahrte und sprach am 7. April 1860 „aus der Tiefe des Herzens Friedensworte zu seinem treuen Volke“. Er sagte u. a.: „Es ist mein entschiedener Wille, daß der Grundsatz der Selbstständigkeit der katholischen Kirche in Ordnung ihrer Angelegenheiten zur vollen Geltung gebracht werde. Ein Gesetz, unter dem Schutz der Verfassung stehend, wird der Rechtsstellung der Kirche eine sichere Grundlage verbürgen. In diesem Gesetze und den darauf zu bauenden weiteren Anordnungen wird der Inhalt der Uebereinkunft seinen berechtigten Ausdruck finden. So wird meine Regierung begründeten Forderungen der katholischen Kirche auf verfassungsmäßigem Wege gerecht werden, und, in schwerer Probe bewährt, wird das öffentliche Recht des Landes eine neue Weihe empfangen. Es ist mir heute eine ebenso werthe Pflicht, von meiner eigenen mir teuren Kirche zu reden. Den Grundsätzen getreu, welche für die katholische Kirche Geltung erhalten sollen, werde ich darnach streben, der evangelisch-protestantisch-unierten Landeskirche auf der Grundlage ihrer Verfassung eine möglichst freie Entwicklung zu gewähren. Ich wünsche, daß der gleiche Grundsatz auch auf andern Gebieten des Staatslebens fruchtbar werde, um alle Teile des Ganzen zu dem Einklange zu vereinen, in welchem die gesetzliche Freiheit ihre segensbringende Kraft bewähren kann. An den erprobten Patriotismus und ersten Bürgerjimm meines Volkes richte ich nun die Mahnung, alle Trennungen zu vergessen, welche die jüngste Zeit hervorgeufen hat, damit unter den verschiedenen Konfessionen und ihren Angehörigen Eintracht und Duldung herrsche, wie sie die christliche Liebe uns alle lehrt. Manche Gefahren können unser Vaterland bedrohen. Das Einzige, was stark macht, ist Einig-

keit. Ohne Haß über Gegensätze, welche der Vergangenheit angehören müssen, stehet fest in dem Vertrauen zu einer Zukunft, die niemand verletzen wird, weil sie gegen alle gerecht sein will.“ Nach diesen Grundsätzen erließ dann der Großherzog in Uebereinstimmung der Regierung und der Landstände am 9. Oktober 1860 ein Gesetz über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate, welches zwar den Streit nicht endete, aber doch für die Folgezeit die Richtschnur des Handelns bildete. Den Landtag, in welchem dieses Gesetz beraten worden war, schloß er mit einer Rede, welcher wir folgende denkwürdige Worte entnehmen: „Ich konnte nicht finden, daß ein feindlicher Gegensatz sei zwischen Fürstenrecht und Volksrecht; ich wollte nicht trennen, was zusammen gehört und sich wechselseitig ergänzt — Fürst und Volk, unauflöslich vereint unter dem gemeinsamen schützenden Banner einer in Wort und That geheiligten Verfassung. Ich spreche gerne die Zuversicht aus, daß es keinen frevelhaften Ver suchen gelingen werde, dieses beglückende Band zwischen Fürst und Volk zu lockern.“

Seiner Wertschätzung für das Oberhaupt der katholischen Kirche, den Papst, hat er oft Ausdruck gegeben. Als der jetzt regierende Papst zur Feier des 500 jährigen Bestehens der Hochschule Heidelberg ein Geschenk übersandte, dankte er ihm mit den Worten: „Es gereicht Uns zu hoher Genugthuung, daß Seine Heiligkeit Papst Leo XIII., hierin nicht wenigen seiner erhabenen Vorgänger folgend, der alten Bildungsstätte durch die Widmung einer kostbaren wissenschaftlichen Gabe sein freundliches Interesse bekundet.“

Die Kämpfe innerhalb der evangelischen Kirche des Landes, an welchen es auch nicht fehlte, waren nicht so nach außen hervortretend wie die der Schwesterkirche. Auch bei ihnen suchte der Großherzog allen berechtigten Forderungen und verschiedenen Anschauungen gerecht zu werden mit dem steten Wunsche, das allen Gemeinsame über das sie Trennende zu stellen.

Die Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche ziehen sich nun schon durch mehr als 1000 Jahre hindurch und werden voraussichtlich noch lange nicht zum Austrag kommen, aber nicht alle dabei Beteiligten wünschen deren friedliche Beilegung so aufrichtig wie Großherzog Friedrich von Baden, der im

Jahre 1875 ein Mal sagte: „Wenn zu meinem Bedauern immer noch Beunruhigungen hervortreten, als sei Gefahr für die Freiheiten der religiösen Ueberzeugungen vorhanden, so hoffe ich, daß es mit der Zeit gelingen wird, diese Beunruhigungen in Vertrauen zu verwandeln.“

Traten die kirchlichen Fragen auch lange Zeit hindurch in den Vordergrund und beanspruchten sie des Großherzogs Weisheit in ganz besonderem Maße, so stellten doch auch andere Gebiete des inneren Lebens große Anforderungen an seine Schaffensfreudigkeit und seine umsichtige Erwägung der Bedürfnisse des Volkes.

Das Schulwesen wurde auf neue Grundlagen gestellt, das Aufsichtsrecht ging von der Kirche auf den Staat über, die Volksschulen, Mittelschulen, die technische Hochschule (in Karlsruhe) und die beiden Universitäten (in Heidelberg und Freiburg) erforderten sorgfältige Berücksichtigung gegenüber den gesteigerten Aufgaben, welche der Fortschritt des menschlichen Wissens und Könnens an sie stellte, und gegenüber den gewaltigen Anstrengungen, welche die Schwesteranstalten in den angrenzenden Ländern machten: was ist da nicht alles in den letzten 30 Jahren geschehen von der Sorge für die M B C-Schüler an bis zur Veranstellung großer Werke im Dienste der Kunst und Wissenschaft, von der Aufbesserung der Lehrergehälter bis zur Errichtung neuer Lehrstühle, von Lesebüchern für die Volksschule bis zu umfangreichen gelehrten Werken, von dem Baue einfacher geschmackvoller Schulhäuser bis zur Erstellung prächtiger Paläste, an welchen und in welchen Werke der Kunst ihre Heimstätte fanden!

Die Landwirtschaft erhielt fruchtbare Anregungen, um dem Boden Erzeugnisse abzugewinnen nicht nur für die wachsende Bevölkerung, sondern auch zur Ausfuhr in fremde Länder. Durch volkstümliche Schriften, durch Vorträge von Wanderlehrern, durch Musterbetriebe, durch landwirtschaftliche Ausstellungen und ähnliche Mittel suchte die Regierung diesen Aufgaben gerecht zu werden unter häufiger Anregung des Großherzogs selbst, der es an Ermunterungen und Belohnungen nicht fehlen ließ.

Von den Fortschritten in den Gewerben legen die zahlreichen, vielfach erweiterten oder neu errichteten Fabriken ein sprechendes Zeugnis ab. Wie viele derselben hat der Großherzog besucht, durch eingehende Erkundigungen nach der Arbeit

und den Arbeitern die Freudigkeit im Schaffen gemehrt und in das Einerlei des Alltags-treibens eine erquickende und erhebende Feststimmung gebracht, in wie ungezählten Gewerbeausstellungen ist er lange verweilt, alles besichtigend, was einen Fortschritt bekundete, und wie hat er es sich angelegen sein lassen, selbst von weiter Ferne her Muster kommen zu lassen, damit sich Fertigkeit und Geschmack daran bilden und die Landesbewohner sich in der Befriedigung ihrer gewerblichen Bedürfnisse möglichst unabhängig machen von dem Auslande!

Welchen Umfang das Verkehrs-wesen und der Handel genommen haben, drängt sich jedem mit überwältigender Wucht auf, der zurückdenkt, wie man vor 30 Jahren das schöne Badenerland durchreiste und wie jetzt, wie es beispielsweise in der Haupthandelsstadt des Landes, in Mannheim, damals ausfah und wie heute. Wer diesen Umschwung plötzlich gewahr würde, ohne dem allmählichen Werden zugeschaut zu haben, würde dies kaum für möglich halten, und doch wurde es möglich, weil eine weise Regierung, geleitet von einem vorwärtstrebenden Fürsten, der Zeit jeweils ihre Bedürfnisse ablauschte und ohne Säumen an die Durchführung des für gut Erkannten und Erreichbaren sich machte.

Es ist uns nicht möglich, auf alle die Gebiete einzugehen, welche unter Großherzog Friedrich mehr oder weniger durchgreifende Umgestaltungen oder Erweiterungen erfahren haben, so z. B. die Gesundheits-, die Rechtspflege, das Verwaltungs-wesen. Aber das dürfen wir zusammenfassend sagen: Wenn auch Großherzog Friedrich nicht „Mehrere war an kriegerischen Eroberungen“, so war er es doch und ist er es noch „an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung“ und alles sucht er einzulenkten in die Bahn freiheitlicher Entwicklung, welche der inneren badischen Geschichte ein ganz besonderes Gepräge giebt, und welche er selbst mit den Worten kennzeichnete: „Wir müssen uns alle bewähren als wahre Freunde der Freiheit, jener Freiheit, die sich selbst beherrsicht, und jenes Fortschrittes, der, aus der Einsicht des Bedürfnisses hervorgehend, sich in besonnener Erwägung des Staatswohls, in treuer Liebe zum Vaterlande verwirklicht.“

